

Projekt-Akronym: EnergyPROSPECTS

Titel: PROactive Strategies and Policies for Energy Citizenship Transformation

Grant Agreement Nummer: 101022492

Deutsche Zusammenfassung der Ergebnisse der Online-Umfrage im EU-Projekt EnergyProspects

Basierend auf: Analysis of the online survey conducted among over 10,000 European citizens (deliverable 5.4)

https://www.energyprospects.eu/fileadmin/user_upload/lu_portal/www.energycitizen.eu/EnergyPROSPECTS_D5.4_31_01_2024_final.pdf

Dokumenttyp: Zusammenfassung für öffentliche Verbreitung

Datum: 04.05.2024

Autorinnen der deutschen Zusammenfassung: Martina Schäfer, Ariane Debourdeau (Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin)

Koordinator des gesamten Berichtes: Marko Hajdinjak (ARC Fund)

Autor:innen des Berichtes: Marko Hajdinjak, Desislava Asenova, Ariane Debourdeau, Adriana Dimova, Rositsa Georgieva, Myrto Ispyridou, Rene Kemp, Martina Schäfer, Benjamin Schmid and Karin Thalberg

Beiträge: Janis Brizga, Zoya Damianova, Frances Fahy, Rasa Ikstena, Ivars Kudreņickis, Ērika Lagzdiņa, Peter Lozanov, Marianna Markantoni, Bonno Pel, Luisa Losada Puente, Henrike Rau, Kristóf Vadovics

Reviewers: Ariane Debourdeau, Frances Fahy, Rene Kemp, Ivars Kudreņickis, Ērika Lagzdiņa, Michael Lydon, Luisa Losada Puente, Eva Peralbo Rubio, Martina Schäfer, Benjamin Schmid, Kristóf Vadovics.

Deutsche Zusammenfassung der Ergebnisse der Online-Umfrage im EU-Projekt EnergyProspects

Martina Schäfer, Ariane Debourdeau

Im Rahmen des EnergyPROSPECTS-Projekts wurde eine Online-Umfrage unter mehr als 10.000 europäischen Bürger*innen durchgeführt. Das Hauptziel der Umfrage war es, Informationen über die Meinungen, Erwartungen und Zweifel der europäischen Bürger*innen hinsichtlich der von ihnen bevorzugten Beteiligungsformen an der Energiewende zu sammeln. Die Erkenntnisse darüber, wie die Befragten die Energiebürgerschaft in Bezug auf Beteiligung, Wahlmöglichkeiten, Chancen und Hindernisse wahrnehmen, haben dem EnergyPROSPECTS-Team geholfen, Szenarien für die Stärkung der Rolle der Bürger*innen bei der Transformation des Energiesystems in Europa zu entwickeln.

Die Ergebnisse der Umfrage geben klare Hinweise hinsichtlich der Wahrnehmungen und Meinungen der Befragten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Ergebnisse als repräsentative Daten für den Stand der Energiebürgerschaft in den beteiligten Ländern interpretiert werden können. Obwohl große Sorgfalt darauf verwendet wurde, die Zuverlässigkeit und Integrität der Antworten zu gewährleisten, ist es möglich, dass die Befragten in einigen Fällen die Frage missverstanden oder Antworten gegeben haben, die sie als „richtig“ oder „wünschenswert“ empfanden. Dennoch sind wir der Meinung, dass die Umfrage aufgrund der Größe der Stichprobe und der durchgeführten Qualitätskontrollmaßnahmen ein gutes Bild der Wahrnehmung der Energiewende durch die Bürger*innen und ihrer eigenen Rolle in diesem Prozess vermittelt.

Die Umfrage wurde in neun an dem Projekt beteiligten Ländern durchgeführt (Belgien, Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Lettland, Spanien und die Niederlande). In jedem Land füllten mindestens 1.000 Bürger*innen den Fragebogen aus. Aus 10 weiteren europäischen Ländern (Österreich, Dänemark, Finnland, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Schweden, Türkei und Vereinigtes Königreich) wurden weitere 1.000 Befragte rekrutiert.

Tabelle 1: Anzahl der Befragten pro Land

TOTAL	Deutschland	Irland	Belgien	Bulgarien
10.071	1.000	1.018	1.016	1.010
Frankreich	Niederland	Spanien	Ungarn	Lettland
1.000	1.000	1.000	1.008	1.005
Vereinigtes Königreich	Italien	Finnland	Griechenland	Dänemark
105	102	100	100	100
Polen	Portugal	Turkei	Österreich	Schweden
102	101	102	101	101

Um die Vielfalt der Befragten zu gewährleisten, wurden weiche Quoten für mehrere demografische Parameter festgelegt, darunter Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen. Die Stichprobenparameter für die einzelnen Länder wichen geringfügig voneinander ab, aber es wurden Anstrengungen unternommen, um die Vergleichbarkeit der Daten zu ermöglichen. Die Erhebung war drei Wochen lang aktiv - vom 29. Oktober bis zum 17. November 2023. Nach der Datenbereinigung und der Entfernung von Fragebögen, die die Qualitätsprüfung nicht bestanden, wurde eine Datenbank mit den Umfrageergebnissen von 10.071 Fragebögen erstellt (s. Tabelle 1).

Teil 1: Energiebezogene Aktivitäten

Überblick über die Konsequenzen der Energiekrise 2021-2022

Im ersten Teil der Umfrage wurde untersucht, wie die Befragten auf die Energiekrise 2021-2022 reagierten. Ihnen wurden die folgenden Fragen gestellt:

- Was haben sie als Reaktion auf die Krise getan?
- Welche Energiesparaktivitäten führen sie weiterhin durch?
- Was sind die Hauptgründe oder Motivationen für ihre Energiemaßnahmen oder ihr Verhalten?
- Wer die Aktivitäten, an denen sie beteiligt sind oder waren, organisiert oder initiiert hat.

Die meisten Befragten reagierten auf den Anstieg der Energiepreise, indem sie die Standardtemperatur in ihren Wohnungen senkten, die Nutzung verschiedener Haushaltsgeräte einschränkten, das Licht ausschalteten, bei niedrigeren Temperaturen wuschen und den Einsatz von Klimaanlage reduzierten. Sie nutzten auch öffentliche Verkehrsmittel, gingen zu Fuß oder fuhren mit dem Fahrrad, anstatt ihr Auto zu benutzen. Weniger beliebte Maßnahmen, die von etwa einem Viertel aller Befragten ergriffen wurden, waren die energetische Sanierung von Wohnungen und der Wechsel des Strom- und/oder Gasversorgers. Jeder fünfte Befragte investierte in die Erzeugung erneuerbarer Energie (s. Abbildung 1).

Als Ergebnis dieser Maßnahmen gaben mehr als 60 % der Befragten an, dass es ihnen gelungen sei, ihren Energieverbrauch zu senken.

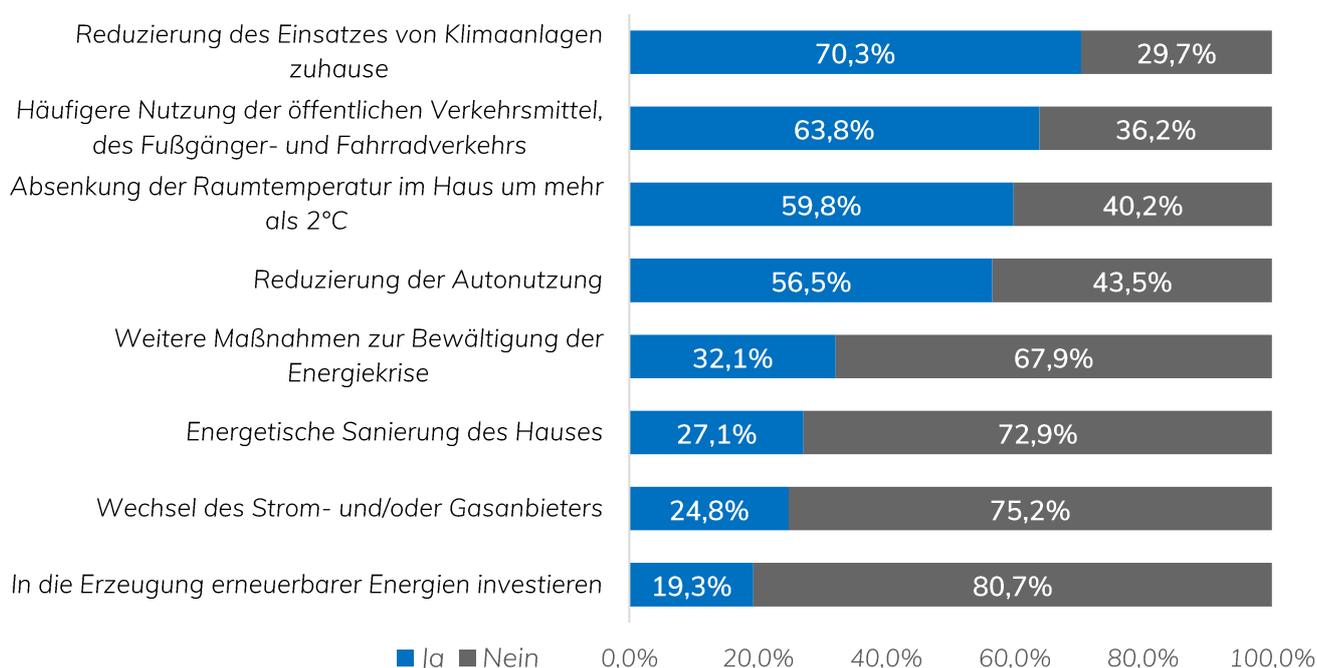


Abbildung 1: Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise 2021-2022

Interessante Ergebnisse der deutschen Befragten

In Deutschland liegt der Anteil der Menschen, die ihre Häuser isoliert haben, deutlich unter dem Durchschnittswert der gesamten Umfrage (12,7 %). Dieses niedrige Ergebnis wird durch eine weitere Frage in Teil 3 bestätigt, bei der über die Hälfte der deutschen Befragten angibt, dass sie keine Absicht haben, ihre Häuser energetisch zu sanieren. Dafür kann es zwei mögliche Erklärungen geben. Zum einen sind Wohngebäude in Deutschland im Durchschnitt weitaus besser isoliert als in vielen anderen europäischen Ländern, sodass in der Krise keine Notwendigkeit besteht, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Der andere mögliche Grund ist, dass Deutschland unter den EU-Ländern über den niedrigsten Anteil an Hauseigentümern verfügt. Es ist davon auszugehen, dass Mieter einer Wohnung oder eines Hauses ein geringeres Interesse oder eine geringere Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Sanierung ihrer Wohnung haben¹.

Ein anderes auffälliges Ergebnis ist, dass die deutschen Teilnehmer*innen zu einem deutlichen höheren Anteil angeben, dass sie Strom von einem grünen Stromanbieter beziehen (45,1 % im Vergleich zu 36,1 % im Gesamtsample). Dies hat mit der langen Tradition des Angebots von Ökostrom zu tun, die von NGOs (z.B. Greenpeace Energy) oder Bürgerinitiativen (z.B. Elektrizitätswerke Schönau) initiiert wurden.

Interessant ist das gespaltene Antwortverhalten zur Frage, ob man an Protesten gegen bestimmte Formen der Energieerzeugung (Atomenergie, Kohle, Wind) teilnehmen würde: Vergleichsweise gibt ein hoher Anteil von 9,1 % an, dass sie sich entweder in der Vergangenheit oder gegenwärtig an Protesten beteiligen. Auf der anderen Seite ist der Anteil derer, die überzeugt sind, dass sie sie nie an derartigen Protesten beteiligen würden mit 74 % ebenfalls im europäischen Vergleich recht hoch.

Bei den Maßnahmen, die mit stärkerem finanziellem Engagement verbunden sind, geben die deutschen Befragten häufiger an, in Zukunft nicht in Solaranlagen investieren zu wollen (55,6 % im Vergleich zu 37 % im Gesamtsample). Die Statistik zu installierten PV-Anlagen zeigt jedoch, dass Deutschland hinter den Niederlanden den höchsten Anteil installierter Solarenergie/Kopf aufweist (810 Watt/ Person im Jahr 2022). Die geringe Bereitschaft könnte erneut damit zusammenhängen, dass Deutschland EU-weit den geringsten Anteil an Hausbesitzern aufweist und viele Personen daher nicht die Möglichkeit haben, selbst über die Installation von PV-Anlagen zu entscheiden. Die vergleichsweise hohen positiven Antwortraten auf die Fragen, ob sie die selbst produzierte Energie in das Netz einspeisen (64,2 % im Vergleich zu 52,2 % im Gesamtsample) oder die Überschüsse in Batterien speichern (41,6 % im Vergleich zu 22,5 % im Gesamtsample) zeigen, dass diese Praktiken in Deutschland im europäischen Vergleich bereits gut etabliert sind.

¹ Cf. <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/digpub/housing/bloc-1a.html>

Energiesparpraktiken des Alltags

Der zweite Teil der Umfrage zeigt, dass sich die Umfrageteilnehmer derzeit am häufigsten für die Energiewende engagieren, indem sie sich um den Energieverbrauch in ihrem Privatleben kümmern (s. Abbildung 2):

- Energiesparen zu Hause (82,5 %);
- Austausch von Haushaltsgeräten und/oder Beleuchtung (61,3 %)
- Nutzung umweltfreundlicher Mobilitätsoptionen (52,4 %);
- Energetische Sanierung von Wohnungen (36,5%).

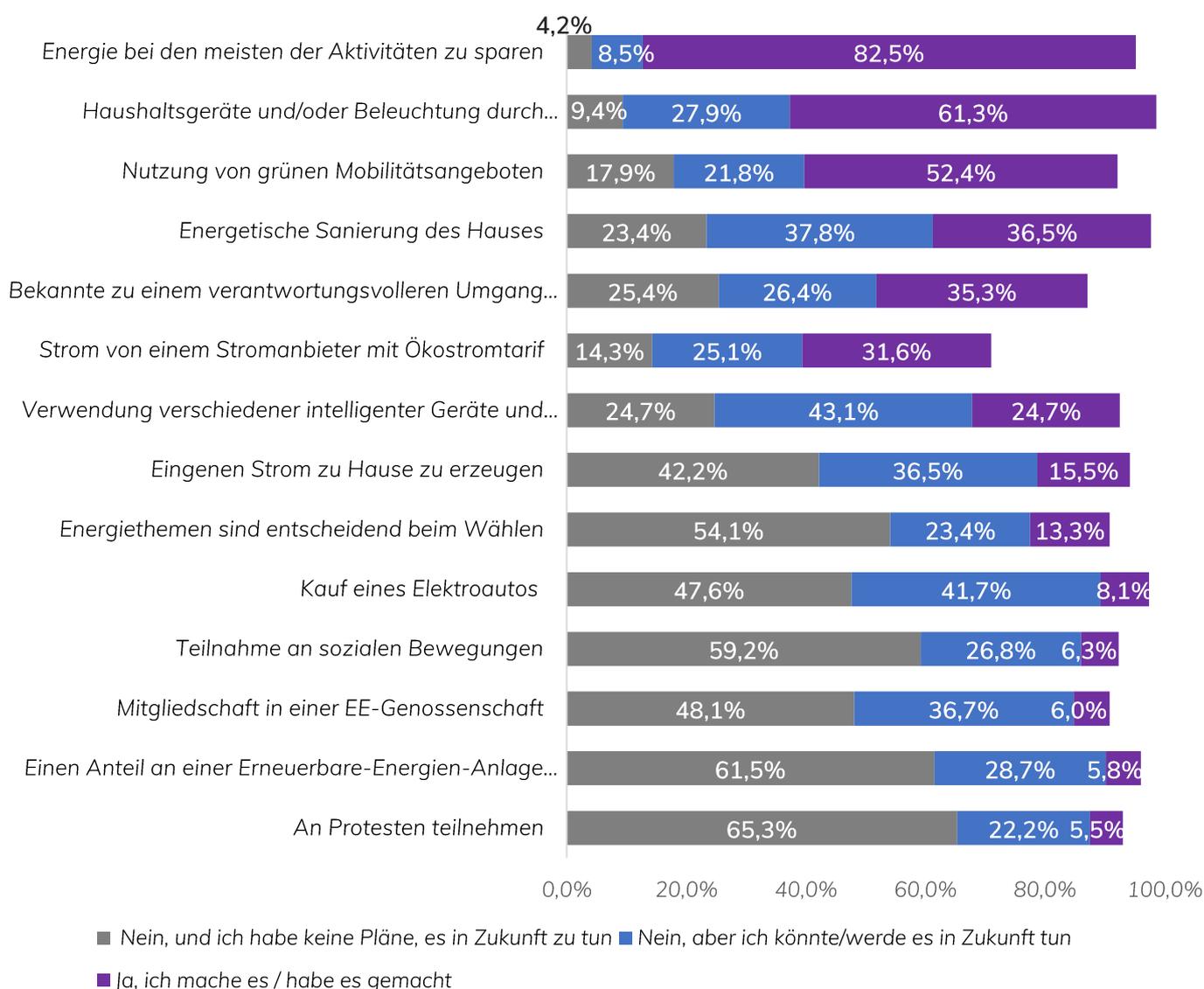


Abbildung 2: Rangfolge der unterschiedlichen Energiesparaktivitäten

Fokus auf: Die Digitalisierung der Energiewende

Weiterhin wurden Fragen zur Verwendung verschiedener Informations- und Kommunikationstechnologien zur Überwachung und Messung des Energieverbrauchs gestellt. Eine Minderheit von ca. einem Viertel lehnt die Verwendung derartiger Geräte ab, während die Mehrheit solche Geräte bereits nutzt (24,7 %) oder bereit ist, es in Zukunft zu tun (insgesamt 43,1 %) (s. Abbildung 3).

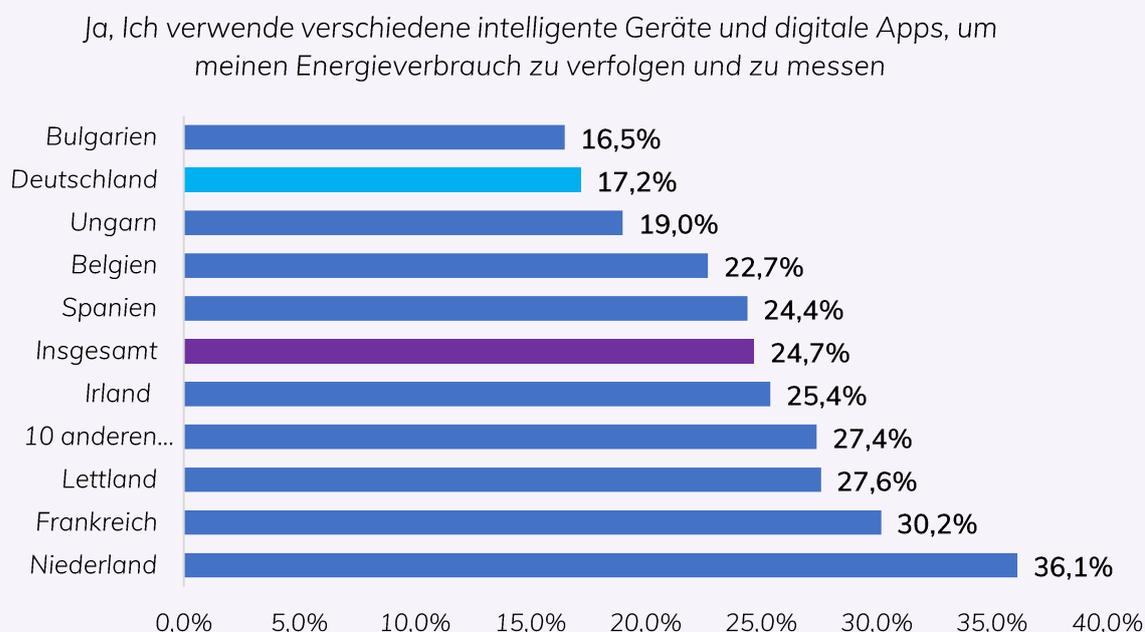


Abbildung 3: „Ja, Ich verwende verschiedene intelligente Geräte und digitale Apps, um meinen Energieverbrauch zu verfolgen und zu messen“ (pto-Land)

Die Ergebnisse in Abbildung 3 sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten. Offenbar haben viele Befragte diese Frage in Bezug auf die individuelle Nutzung intelligenter Geräte und digitaler Anwendungen im Haushalt verstanden und die obligatorische Installation von „intelligenten Zählern“ (Smart Meter) in Ländern wie Spanien (wo ab 2023, 100 % der Haushalte über Smart Meter verfügen), Frankreich und Irland nicht berücksichtigt².

Die drei Länder, in denen die geringste Zahl der Befragten diese Frage bejahte (Bulgarien, Deutschland und Ungarn), gehören zu den EU-Ländern, in denen die Installation intelligenter Zähler nur sehr langsam voranschreitet oder noch nicht begonnen wurde.

² Einen guten Überblick über die Einführung von intelligenten Zählern in Europa finden Sie hier: <https://www.ffe.de/en/publications/the-smart-meter-rollout-in-germany-and-europe/>

Wenn man vom privaten in den öffentlichen Bereich blickt, versuchen 35,3 % der Befragten, andere Menschen zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Energie zu motivieren und zu mobilisieren. Für ein Drittel der Befragten sind die Positionen politischer Akteure zu Energiethemen ein wichtiger Grund für eine bestimmte politische Partei oder einen bestimmten Kandidaten zu stimmen oder nicht. Allerdings diskutieren nur 13,3 % Energiethemen in den sozialen Medien, und noch weniger sind in einer sozialen Bewegung aktiv (6,3 %), sind Mitglied einer EE-Genossenschaft (6,0 %) oder nehmen an Protesten zu Energiethemen teil (5,5 %).

Auch Aktivitäten, die einen größeren finanziellen Aufwand erfordern, sind unter den Umfrageteilnehmern nicht allzu weit verbreitet: eigene Stromerzeugung durch die Installation von Solarpaneelen (15,5 %), der Kauf eines Elektroautos (8,1 %) oder der Kauf eines Anteils an einer Erneuerbare-Energie-Anlage (5,8 %).

Auf die Frage nach den Gründen für die Durchführung dieser Aktivitäten (s. Abbildung 4) ordneten die Befragten die acht vorgeschlagenen Motivationen wie folgt ein (in Klammern steht der Prozentsatz der Befragten, für die dieser Grund wichtig oder sehr wichtig war):

- Möglichkeit, Geld zu verdienen oder zu sparen (76,4 %)
- Verfügbarkeit finanzieller Zuschüsse (59,5 %)
- Wunsch, zum Gemeinwohl beizutragen (55,4 %)
- Wunsch, den eigenen CO₂-Fußabdruck zu senken (55,2 %)
- Anerkennung der eigenen Verantwortung für den Klimawandel (53,3 %)
- Wunsch, die Autarkie zu steigern oder energieunabhängig zu werden (52,0 %)
- Frustration aufgrund unzureichender Maßnahmen der Entscheidungsträger (51,3 %)
- Inspiration durch Praktiken von jemandem, dem sie vertrauen (43,3 %)

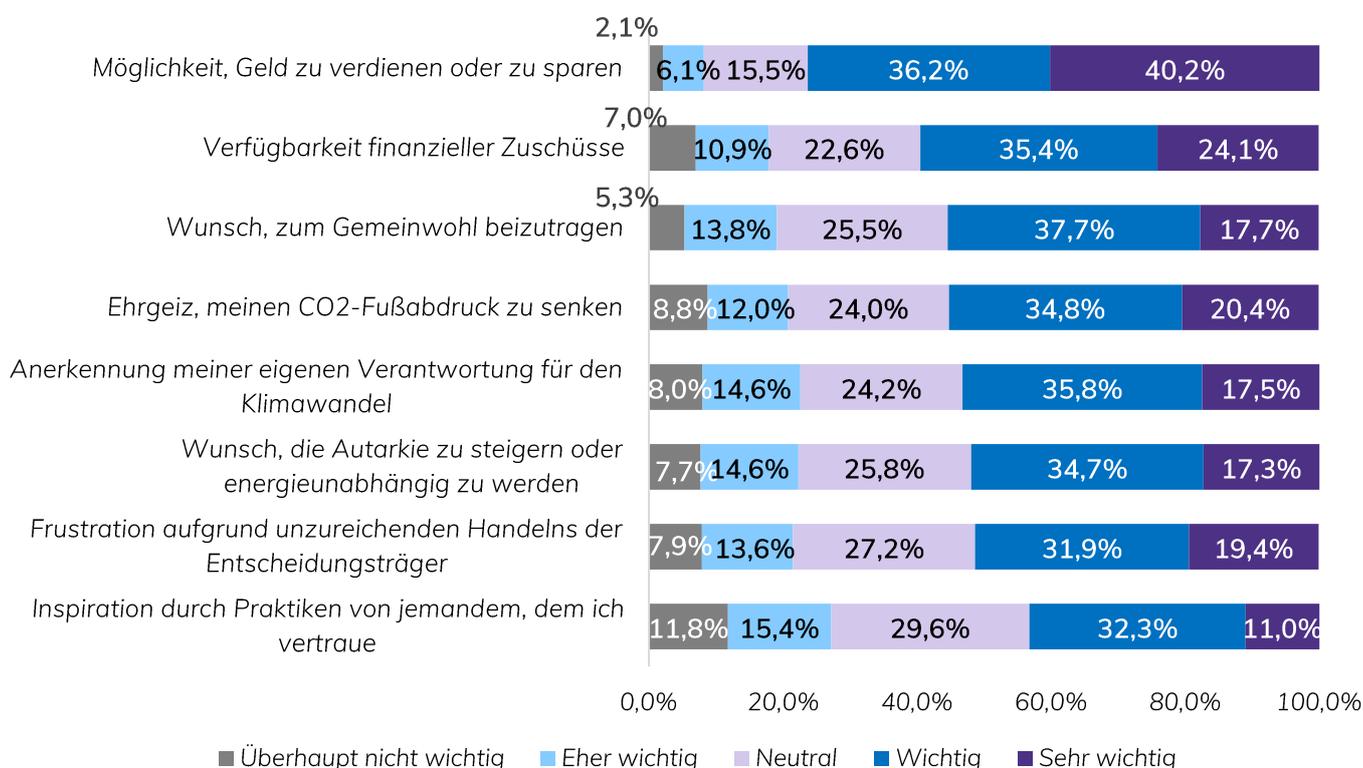


Abbildung 4: Übersicht über Motivationen für energiebezogene Aktivitäten
 „Wie wichtig sind die folgenden Motive für Ihre energiebezogenen Aktivitäten aus Ihrer Sicht?“

Die deutschen Teilnehmerinnen zeigen überwiegend ein sehr ähnliches Antwortverhalten wie das Gesamtsample. Nur hinsichtlich der Frage, ob sie frustriert sind wegen ungenügender Handlungen seitens der Entscheidungsträger antworten sie geringfügig weniger mit „wichtig“ oder „sehr wichtig“ als das Gesamtsample (45,7 % im Vergleich zu 51,3 % in der Gesamtgruppe). Sie sind also etwas weniger frustriert über die deutsche Politik bezüglich der Energiewende.

Die überwiegende Mehrheit (74,8 %) der Aktivitäten, an denen die Befragten beteiligt sind, wurde von ihnen selbst oder gemeinsam mit anderen Mitgliedern ihres Haushalts organisiert. In 21,6 % der Fälle handelte es sich um eine gemeinsam mit der örtlichen Gemeinde in der Nachbarschaft, in der die Befragten leben, durchgeführte Aktivität. Die Antworten auf diese Frage schlossen sich nicht gegenseitig aus und in den meisten Fällen waren mehrere verschiedene Akteure an der Organisation der Aktivität beteiligt (im Rahmen einer größeren Initiative, eines Projekts oder einer Veranstaltung). Bei diesen Akteuren handelte es sich in 23,6 % der Fälle um nationale Behörden, in 21,8 % der Fälle um lokale Behörden, in 20,6 % der Fälle um eine Nichtregierungs- oder Zivilgesellschaftsorganisation und in 19,2 % der Fälle um ein privates Unternehmen.

In Hinblick auf den Energieverbrauch insgesamt geben 61,7% der Befragten an, dass ihr Verbrauch aufgrund der Maßnahmen gesunken ist. In Deutschland ist der Anteil mit 57,5 % etwas geringer (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Mein Energieverbrauch ist durch die Maßnahmen gesunken (nach Ländern)

Land	Ja	Nein	Ich weiß nicht	Keine Antwort*
Spanien	78,7 %	9,8 %	8,1 %	3,4 %
Niederlande	71,1 %	10,0 %	11,7 %	7,2 %
Ungarn	64,6 %	16,1 %	11,5 %	7,8 %
Belgien	64,1 %	13,3 %	16,5 %	6,1 %
Frankreich	63,0 %	15,3 %	13,3 %	8,4 %
Insgesamt	61,7 %	15,0 %	14,3 %	8,9 %
10 andere Länder	60,9 %	13,7 %	17,4 %	8,0 %
Irland	58,3 %	16,7 %	16,7 %	8,3 %
Deutschland	57,5 %	13,8 %	17,9 %	10,8 %
Bulgarien	53,3 %	18,9 %	14,9 %	13,0 %
Litauen	45,6 %	22,7 %	15,4 %	16,3 %

*Hinweis: „Keine Antwort“ bedeutet, dass diese Frage nicht gestellt wurde, da der Befragte alle Fragen im vorherigen Abschnitt mit „Nein“ beantwortet hat (d. h. keine spezifischen Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise ergriffen hat).

Teil 2: Ansichten über die Rolle von Individuen im Energiesystem

Im zweiten Teil der Umfrage wurde die Zustimmung oder Ablehnung der Befragten zu unterschiedlichen Aussagen abgefragt. In den ersten Aussagen ging es um die Rolle, die Einzelpersonen bei der Energiewende spielen könnten. Im zweiten Teil wurden die Befragten nach ihrem eigenen Energieverhaltensverhalten gefragt. Die dritte und letzte Fragengruppe forderte die Befragten auf, in die nahe Zukunft (2030) zu blicken und über ihre mögliche oder gewünschte Rolle im Energiesystem nachzudenken.

Der größte Teil der Befragten stimmte zwei Aussagen zu: dass die Energiewende eine gemeinsame Aufgabe aller in der Gesellschaft ist und daher alle Bürger*innen aktiver werden sollten (69,5 %) und dass die Meinungen der Bürger*innen zur Entwicklung des Energiesystems von Entscheidungsträgern nicht genug berücksichtigt werden (69,2 %). (s. Abbildung 5).

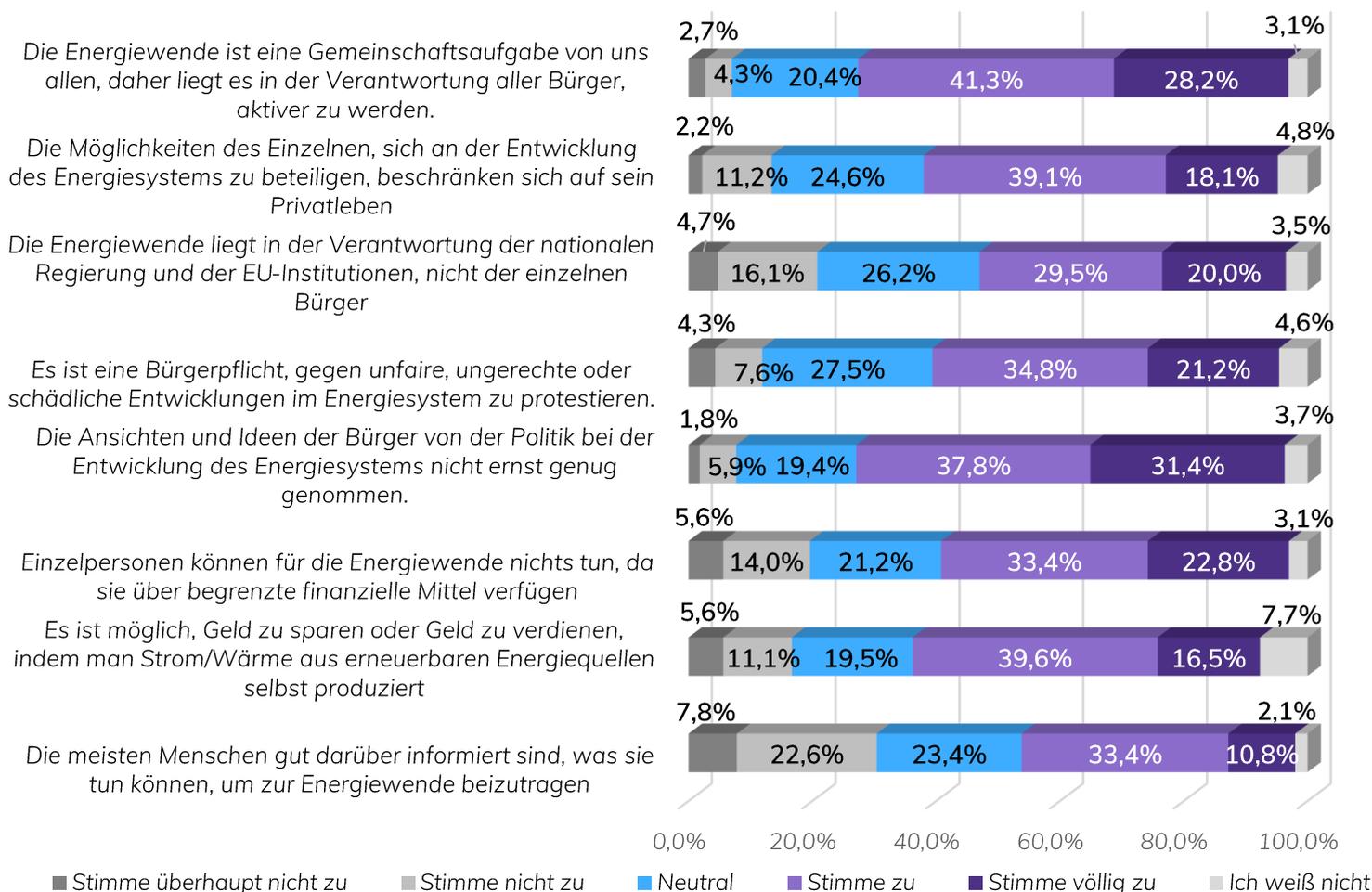


Abbildung 5: Ansichten über die Rolle des Einzelnen im Energiesystem

Vier Aussagen hatten eine nahezu identische Zustimmungsrate. Zwei von ihnen zeigten eine pessimistische Einschätzung darüber, was die*der einzelne Bürger*in tatsächlich bei der Energiewende tun kann. Die Mehrheit der Befragten glaubt, dass sich die Rolle der Bürger*innen auf Handlungen beschränkt, die ihr Privatleben betreffen (57,2 %) und dass sie auch dann durch unzureichende finanzielle Ressourcen eingeschränkt sind (56,2 %).

Ermutigender aus Sicht des Engagements für die Energiewende war die von 56,1 % der Befragten geteilte Meinung, dass es möglich sei, durch die eigene Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen Geld zu sparen oder zu verdienen. Ein ebenso großer Anteil der Befragten (56,0 %) stimmte zu, dass es eine bürgerliche Pflicht sei, gegen Entwicklungen im Energiesystem zu protestieren, die von den Menschen als ungerecht oder schädlich empfunden werden.

Dieser Ansicht steht die eher passive Hälfte der Umfrageteilnehmer (49,5 %) gegenüber, die es vorziehen, die Verantwortung für die Energiewende eher den nationalen Regierungen und den europäischen

Institutionen zu übertragen. Schließlich ist es wenig ermutigend, dass nur 44,2 % der Befragten glauben, dass die meisten Menschen in Europa gut darüber informiert sind, was sie tun können, um zur Energiewende beizutragen. Diese Ergebnisse zeigen, dass mehr getan werden sollte, um das Bewusstsein zu schärfen und die Bürger*innen über die verfügbaren Möglichkeiten und die Vorteile, die sich daraus ergeben können, zu informieren.

Interessante Ergebnisse der deutschen Befragten

Die deutschen Teilnehmenden stimmen im Vergleich zur Gesamtgruppe zu einem höheren Anteil zu, dass die Bevölkerung gut darüber informiert ist, wie sie zur Energiewende beitragen können: 51,4 % (im Vergleich zu 44,1 %) äußern Zustimmung oder starke Zustimmung.

Eine ähnliche Tendenz zeigen die Antworten auf die Aussage, dass Individuen wegen finanzieller Einschränkungen nichts für die Energiewende tun können. Die deutschen Teilnehmenden lehnen diese Aussage zu einem signifikant höheren Anteil ab oder stark ab (35,7 %) als das Gesamtsample (19,6 %). Mit 40,7 % ist der Anteil derer, die mit der Aussage einverstanden oder stark einverstanden sind, aber immer noch bedenklich hoch, wenn auch geringer als in der Gesamtgruppe (56,2 %).

Die deutschen Befragten lehnen die Aussage, dass vor allem die nationale Regierung und die EU für die Energiewende verantwortlich sind und nicht die Bürger*innen zu einem etwas größeren Anteil ab als die Gesamtgruppe (26,9 % im Vgl. zu 20,8 %). Allerdings äußern 43,5 % Zustimmung (49,5 % im Gesamtsample). Dieses Antwortverhalten spiegelt sich auch in der stärkeren Ablehnung der Aussage der deutschen Befragten wider, dass die Möglichkeiten zur Entwicklung des Energiesystems beizutragen auf ihr Privatleben beschränkt sind (16,6 % im Vgl. zu 13,4 %). Die Zustimmung von über der Hälfte (52,1 % im Vgl. zu 57,2%) zu dieser Aussage stimmt allerdings nicht optimistisch, dass das künftige Engagement über verändertes Verhalten im eigenen Haushalt hinausgehend wird.

Andererseits lehnen über die Hälfte der deutschen Befragten (53,2 % im Vgl. zu 46,2 %) die Aussage ab, dass technische Entwicklungen ausreichend für eine erfolgreiche Energiewende sind. Bei der Bewertung der Aussage, dass es für eine erfolgreiche Energiewende erforderlich ist, energieintensive Formen des Energiekonsum (wie z.B. das Fliegen) deutlich zu reduzieren, wird deutlich, dass es in Deutschland eine größere Gruppe von ca. einem Viertel (25,4 %) gibt, die hiermit stark übereinstimmen (16,3 % im Gesamtsample). Die Zustimmung zu dieser Aussage beträgt in Deutschland insgesamt 62,6% (im Vgl. zu 52,4 % in der Gesamtgruppe).

Der nächste Fragenkomplex befasste sich mit verschiedenen Aspekten des persönlichen Energieverbrauchs.

- Fast zwei Drittel der Befragten (63,3 %) glauben, dass die meisten Menschen ihren Energieverbrauch wahrscheinlich nicht einschränken werden, wenn keine neuen (vermutlich restriktiveren) Energierichtlinien verabschiedet werden.
- Eine starke positive Meinung (60,7 %) zeichnet sich dazu ab, dass alle Mitglieder der Gesellschaft unabhängig von ihrem Einkommen ein gewisses Opfer bringen sollten, um den Erfolg der Energiewende sicherzustellen.
- Diese Meinung wurde durch die Bereitschaft von über der Hälfte der Befragten (52,4 %) ergänzt, bestimmte Formen energieintensiver Gewohnheiten und Verhaltensweisen aufzugeben oder stark zu reduzieren.
- Obwohl sie in der Vergangenheit oft mehr Energie und Ressourcen verbraucht haben als nötig (Zustimmung von 42,9 % der Befragten), stimmte ein hoher Anteil der Befragten damit überein, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende in der Reduzierung des persönlichen Energieverbrauchs jedes Einzelnen liege und nicht in potentiellen technologischen Lösungen (40 %).

Die dritte Gruppe an Fragen im zweiten Teil der Umfrage forderte die Teilnehmer auf, in die nahe Zukunft zu blicken und sich vorzustellen, an welchen Formen des Engagements für die Energiewende sie sich beteiligen.

- Der mit Abstand größte Anteil der Befragten (69,4 %) konnte sich gut vorstellen, dass ihr Zuhause mit energieeffizienten Haushaltsgeräten und intelligenten Geräten ausgestattet ist, die ihnen dabei helfen werden, weniger Energie zu verbrauchen.
- Mehr als die Hälfte (56,2 %) war zuversichtlich, dass sie ihre Energieverbrauchspraktiken bis 2030 erheblich ändern werden.
- In den kommenden Jahren wird voraussichtlich die Hälfte (50 %) eine politische Partei oder einen Kandidaten wählen, der die Energiewende in den Mittelpunkt seines politischen Programms stellt.
- Viele Befragte (48,6 %) planen, eine aktive Rolle bei der Änderung der Energieverbrauchspraktiken an ihren Arbeits- oder Studienorten einzunehmen.
- Etwa ein Viertel der Befragten ist bereit, an öffentlichen Debatten und Konsultationen oder anderen Beratungsprozessen im öffentlichen Raum teilzunehmen (27,9 %).
- Ein ähnlich hoher Anteil erwägt den Beitritt zu einer Bürgerorganisation oder einer anderen kollektiven Form des Bürgerengagements (26,8 %) bzw. die Teilnahme an Demonstrationen und Protesten im Zusammenhang mit verschiedenen Aspekten der Energie-/Klimawende (25,1 %).
- Ein Viertel der Befragten (25,2 %) hat kein Interesse daran, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen und ist davon überzeugt, dass sich daran auch in naher Zukunft (bis 2030) nichts ändern wird.

Interessante Ergebnisse der deutschen Befragten

Da in Deutschland mit den Grünen derzeit eine Partei Teil der Regierung ist, die sich stark für die Energiewende engagiert, ist es interessant, sich das diesbezügliche Antwortverhalten genauer anzuschauen. Die Antworten zeigen, dass von den deutschen Befragten im Vergleich ein geringerer Anteil angibt, eine Partei wählen zu wollen, die die Energiewende ins Zentrum ihres politischen Handelns stellt (42,5 % im Vgl. zu 50 % im Gesamtsample). Entsprechend ist der Anteil derer, die ihre Ablehnung zu diesem Statement äußern signifikant höher (31,8 % im Vgl. zu 21,8 % im Gesamtsample). Dies zeigt, dass politisches Handeln für die Energiewende die Bevölkerung stark polarisieren kann, was sich auch an den derzeitigen kontroversen Debatten in Deutschland zeigt. Bemerkenswert ist, dass der Anteil derer, die die Aussage stark ablehnen – also eine derartige Partei wählen würden – mit 16,3 % ähnlich hoch ist wie in der Gesamtgruppe (16,6 %) und ungefähr dem Anteil an Wähler*innen entspricht, die in Deutschland die Partei der Grünen wählen.

Dass politisches Handeln für die Energiewende bereits Teil des deutschen Regierungshandelns ist, erklärt ggf. die signifikant höhere Ablehnung der deutschen Befragten zu der Aussage, sich künftig an sozialen Bewegungen und Protest beteiligen zu wollen: ein gutes Drittel der deutschen Befragten (34,1 %) lehnen diese Aussage stark ab (im Vgl. zu 23,9 % in der Gesamtgruppe).

Dass der Anteil der stark Engagierten sich in Deutschland bei ca. einem Fünftel bis einem Viertel bewegt, zeigt auch die Ablehnung der Aussage, dass sich die eigene Rolle im Energiesystem in Zukunft nicht ändern wird: 27,1 % lehnen diese Aussage ab (im Vgl. zu 21,5 % in der Gesamtgruppe).

Teil 3: Allgemeine Ansichten über das Energiesystem und die zugrunde liegenden Werte

Der dritte Teil der Umfrage zielte darauf ab, folgende Informationen zu sammeln:

- Ansichten der Befragten zum Energiesystem und zur Energiewende;
- wo und wie sich die Befragten über diese Prozesse informieren;
- die Meinung der Befragten zu den Hauptakteuren, die für die Planung und Umsetzung der Energiewende verantwortlich sind.

Die Befragten wurden zunächst gebeten anzugeben, aus welchen Quellen sie Informationen zu Themen und Fragestellungen im Zusammenhang mit Energie beziehen. Es wurden zehn verschiedene Optionen angeboten.

- Als bevorzugte Informationsquelle erwiesen sich konventionelle Medien, die von 61,8 % der Teilnehmer als Informationsquelle angegeben wurden.
- Etwas weniger als die Hälfte der Befragten wenden sich für energiebezogene Informationen und Ratschläge an ihre Familien und Freunde (46,3 %) oder suchen in den sozialen Medien (45,1 %).
- Für rund ein Viertel der Befragten sind auch Webseiten der relevanten nationalen Institutionen und Agenturen (25,4 %), wissenschaftliche Artikel/Zeitschriften (24,7 %) und/oder Webseiten der EU-Institutionen (22,1 %) wichtige Referenzen.
- Nichtregierungs- und Bürgerorganisationen (17,6 %), Blogs, Foren und Podcasts (17,4 %), Branchen- und Unternehmenswebsites (15,7 %) und Bücher (10,1 %) sind die am wenigsten genutzten Informationsquellen.

Interessanterweise unterscheiden sich die Angaben zu den am häufigsten verwendeten und der glaubwürdigsten oder vertrauenswürdigsten Informationsquellen (s. Tabelle 3).

- Auf die Frage nach den drei Informationsquellen, die ihrer Meinung nach bei Energiethemen am glaubwürdigsten sind, gaben die Befragten zwar erneut die klassischen Medien am häufigsten an (50,2 %), die beiden anderen häufig genutzten Ressourcen werden jedoch nicht als besonders vertrauenswürdig eingeschätzt – Informationen von Familie und Freunden nur von einem Drittel der Befragten, Informationen, die über soziale Medien verbreitet werden, nur von 27,4 %.
- Die Zahl der Menschen, die den Informationen vertrauen, die auf den Webseiten nationaler Institutionen (42,8 %), in wissenschaftlichen Artikeln/Zeitschriften (42,3 %) und auf den Webseiten der EU-Institutionen (39,3 %) bereitgestellt werden, ist fast doppelt so hoch wie die Zahl derjenigen, die tatsächlich diese Informationsquellen nutzen.
- Nichtregierungs- und Bürgerorganisationen (23,7 %), Branchen- und Unternehmenswebsites (18,6 %), Bücher (11,3 %) sowie Blogs, Foren und Podcasts (11,2 %) werden nicht nur am seltensten genutzt, sondern auch am seltensten als glaubwürdige Informationsangebote wahrgenommen.

Die deutschen Befragten geben an, dass sie am häufigsten konventionelle Medien (Fernsehen, Zeitung), Gespräche mit Freunden und Familienmitgliedern sowie wissenschaftliche Artikel nutzen, um sich über die Energiewende zu informieren. Diesen Quellen vertrauen sie auch am meisten. Im Vergleich zu manchen Befragten aus anderen Ländern nutzen sie außerdem relativ häufig Informationen von NGOs.

Tabelle 3: Art der von den Befragten genutzten Informationsquellen (nach Land)

	Belgien	Bulgarien	Frankreich	Deutschland	Ungarn	Irland	Lettland	Spanien	Niederland	10 andere Länder
Familie oder Freunde	44,3 %	44,3 %	49,3 %	48,8 %	49,8 %	47,1 %	49,0 %	44,9 %	41,3 %	44,2 %
Webseiten der EU-Institutionen	21,9 %	24,7 %	23,9 %	16,0 %	18,0 %	26,0 %	26,6 %	25,4 %	13,4 %	25,2 %
Webseiten nationaler Institutionen	26,7 %	24,7 %	29,8 %	20,8 %	18,3 %	29,1 %	24,7 %	25,0 %	23,8 %	31,1 %
Online Social Media	33,5 %	64,8 %	27,4 %	34,4 %	61,2 %	48,8 %	65,2 %	37,4 %	29,5 %	48,7 %
Konventionelle Medien	64,1 %	55,7 %	53,8 %	63,1 %	58,5 %	64,0 %	63,0 %	63,9 %	67,2 %	64,6 %
Wissenschaftliche Artikel/Zeitschriften	18,4 %	29,3 %	10,8 %	34,9 %	40,2 %	13,8 %	26,7 %	25,5 %	25,6 %	22,1 %
Bücher	7,9 %	10,2 %	9,9 %	11,7 %	6,9 %	13,1 %	8,0 %	11,6 %	6,0 %	15,3 %
Branchen- und Unternehmenswebseiten	9,4 %	24,9 %	7,9 %	13,8 %	10,3 %	18,4 %	21,6 %	22,1 %	8,0 %	20,2 %
Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen	15,4 %	14,8 %	19,8 %	20,1 %	5,6 %	22,6 %	9,6 %	24,6 %	19,2 %	24,5 %
Blogs, Foren, podcasts	9,4 %	27,2 %	13,9 %	13,5 %	25,2 %	19,4 %	21,2 %	17,0 %	7,0 %	20,1 %

Die Mehrheit (56,8 %) der Umfrageteilnehmenden geht davon aus, dass sie im Jahr 2030 mehr für Energie bezahlen werden als heute. Die gegenteilige Meinung, dass Energie im Jahr 2030 weniger kosten wird als im Jahr 2023, vertreten 19,1 %, während eine kleine Gruppe von 12,6 % erwartet, dass sich die Preise nicht wesentlich ändern werden.

Die Befragten äußerten sich sehr kritisch zur Richtung und zum Tempo der Energiewende.

- 31 % glauben, dass der gesamte Prozess in die falsche Richtung geht.
- 42,8 % halten die Richtung für gut, aber die Fortschritte seien viel zu langsam.
- Nur 14,0 % sind der Meinung, dass die Energiewende gut voranschreitet.

Diese kritische Bewertung wird durch die sehr negative Meinung der Befragten über die Leistung von Institutionen und Organisationen in der Energiewende noch unterstrichen (s. Abbildung 6 und 7). Keiner der in der Umfrage aufgeführten Akteure erhielt eine überwiegend positive Bewertung.

- Die Rolle der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Energiewende wurde am wenigsten streng bewertet: 24,1 % der Befragten gaben an, dass ihre Leistungen gut seien.
- Öffentliche Medien, NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Schulen und Universitäten wurden von etwa 15 % der Teilnehmer positiv bewertet.
- Nur eine Minderheit der Befragten beurteilte die Arbeit des EU-Parlaments und der Europäischen Kommission (11,9 %), der Energieversorger (11,5 %), der lokalen Behörden (10,7 %), der für Energiefragen zuständigen Behörden (10,7 %) und der Akteure aus Industrie und Wirtschaft (9,2 %) sowie den nationalen Regierungen und Parlamenten (8 %) positiv.

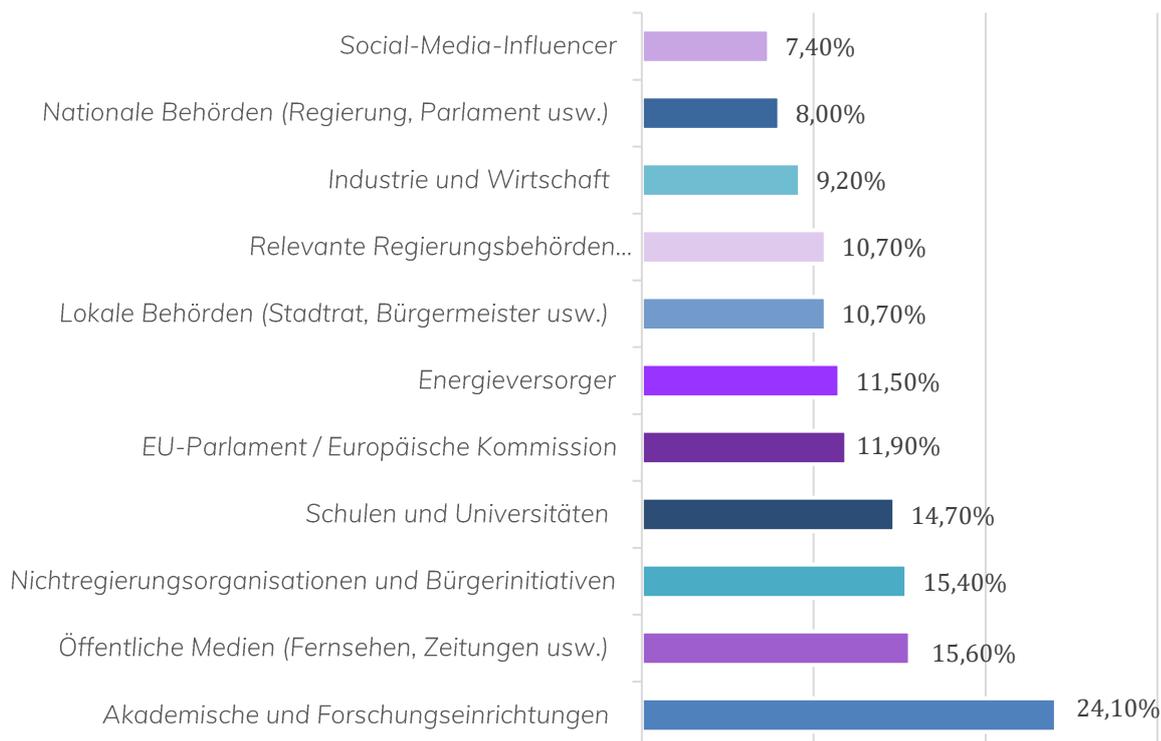


Abbildung 6: Rangliste der Institutionen und Organisationen – “Ihre Leistung ist gut” (N=10,071)

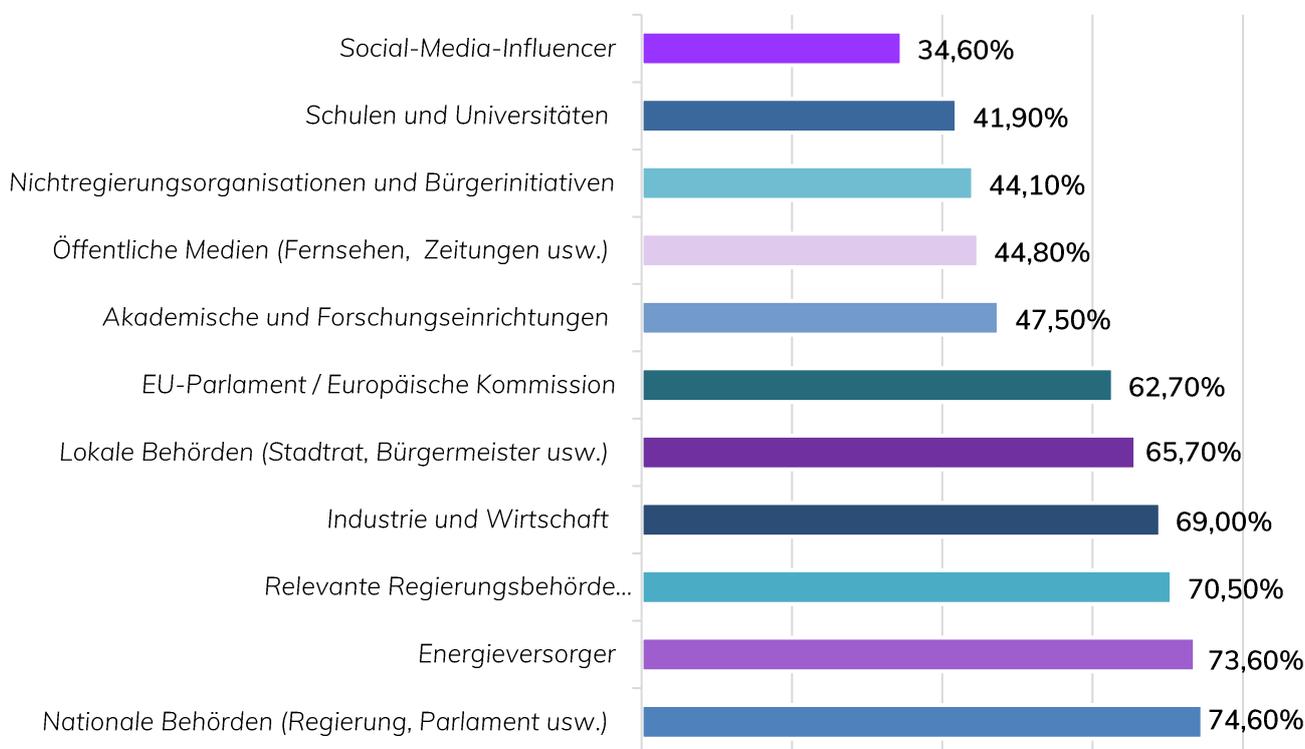


Abbildung 7: Rangliste der Institutionen und Organisationen – “Sie sollten mehr tun” (N=10,071)

Wer sollte nach Meinung der Umfrageteilnehmer mehr tun, um die Energiewende voranzutreiben? Die Erwartungen an eine bessere und effektivere Leistung richten sich vor allem an die nationalen politischen Entscheidungsträger (74,6 %), Energieversorger (73,6 %), relevante Regierungsbehörden (70,5 %) sowie Akteure aus Industrie und Wirtschaft (69,0 %). Auch von den lokalen Behörden (65,7 %) und den EU-Institutionen wird allgemein erwartet, dass sie mehr tun (62,7 %).

Auch die deutschen Befragten geben zu einem sehr geringen Prozentsatz an (6,6 % im Vgl. zu 8 % im Gesamtsample), dass die Bundesregierung im Hinblick auf die Energiewende eine gute Leistung zeigt, 70,1 % sind der Meinung, dass sie mehr tun sollten (im Vgl. zu 74,6 % in der Gesamtgruppe der Befragten). Außerdem bewerten die deutschen Befragten die Leistung von NGOs für die Energiewende signifikant besser als die Befragten der Gesamtgruppe: Während 20,9 % ihnen eine gute Leistung attestieren (im Vgl. zu 15,4 % im Gesamtsample), meinen 38,1 %, dass sie mehr leisten könnten (44,1 %). Ebenso fällt die Meinung über die öffentlichen Medien (TV, Radio und Zeitung) etwas positiver aus als im Gesamtsample.

In der letzten Frage von Teil 3 ging es darum, dass die Befragten verschiedene Aussagen bewerten, die hypothetische Situationen beschreiben, die Auswirkungen auf die Beteiligung der europäischen Bürger*innen an der Energiewende haben könnten (s. Abbildung 8). Den Befragten zufolge hätten die folgenden Entwicklungen den deutlichsten positiven Effekt auf das Engagement für die Energiewende in Europa:

- spezifische Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Energieverbraucher und der Menschen, die von Energiearmut betroffen sind
- politische Priorität für den Zugang aller Menschen zu bezahlbarer nachhaltiger Energie
- vereinfachte Verwaltungsverfahren für Genehmigungen für Projekte im Bereich erneuerbare Energien
- Zugang zu Zuschüssen, Darlehen, Subventionen und andere Markteingriffe, die den Umstieg auf erneuerbare Energien unterstützen
- Aufklärungs- und Informationskampagnen, um die Bedenken hinsichtlich der wahrgenommenen Auswirkungen, Vorurteile und Kosten der Energiewende zu zerstreuen
- klare Bekenntnisse der EU und nationaler politischer Institutionen zur Einbindung der Bürger*innen in die Energiewende
- Festlegung des rechtlichen Status von Prosumern, Energiegemeinschaften und Peer-to-Peer-Handel in allen europäischen Staaten.

Die Tatsache, dass die meisten Maßnahmen, die nach Meinung der Befragten das Engagement für die Energiewende in Europa fördern und stärken würden, finanzieller Natur sind (Unterstützung für gefährdete Energieverbraucher, Zuschüsse, Darlehen und Subventionen, Erschwinglichkeit nachhaltiger Energie), entspricht den Hauptmotivationen für eigene energiebezogene Aktivitäten der Befragten. Die beiden wichtigsten Gründe zum Handeln sind, wie oben erwähnt, die Möglichkeit, Geld zu verdienen oder zu sparen, und die Verfügbarkeit finanzieller Zuschüsse. Der finanzielle Aspekt wird noch durch die vorherrschende Meinung unterstrichen, dass der Einzelne aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen nichts für die Energiewende tun kann.

Zu den anderen Aussagen gab es geringere Zustimmung. Fast die Hälfte der Befragten (48,9%) stimmen der Aussage zu, dass es Auswirkungen auf die Mobilisierung der Bürger*innen und das Engagement für die Energiewende in Europa hätte, wenn die Klima- und Energiepolitik von den nationalen Regierungen und nicht von den EU-Institutionen gestaltet würde. 44,5% erwarten höheres Engagement, wenn die Folgen des Klimawandels noch gravierender würden 27,9 %, wenn die Energiepreise weiter stiegen (s. Abbildung 8)

Die deutschen Befragten zeigen bei den meisten Punkten ein sehr ähnliches Antwortverhalten wie die Befragten des Gesamtsamples. Bei zwei Aussagen sind die Antworten etwas abweichend. So lehnen deutlich weniger deutsche Befragte die Aussage ab, dass die Motivation sich zu engagieren, dann

ansteigen wird, wenn die Energiepreise weiter steigen und die Energieversorgung noch instabiler wird (36,4 % im Vgl. zu 49 % im Gesamtsample), über ein Drittel stimmt dieser Aussage zu (35,9 % im Vgl. zu 27,9 % im Gesamtsample). In eine ähnliche Richtung geht die deutlich höhere Zustimmung der deutschen Befragten zu der Aussage, dass die Motivation für Engagement zunehmen wird, wenn der Klimawandel noch extremer und schneller wird: Fast zwei Drittel äußern hierzu ihre Zustimmung (65,6 % im Vgl. zu 44,5 % im Gesamtsample) und nur 10,2 % lehnen sie ab (im Vgl. zu 27,3 % in der Gesamtgruppe).

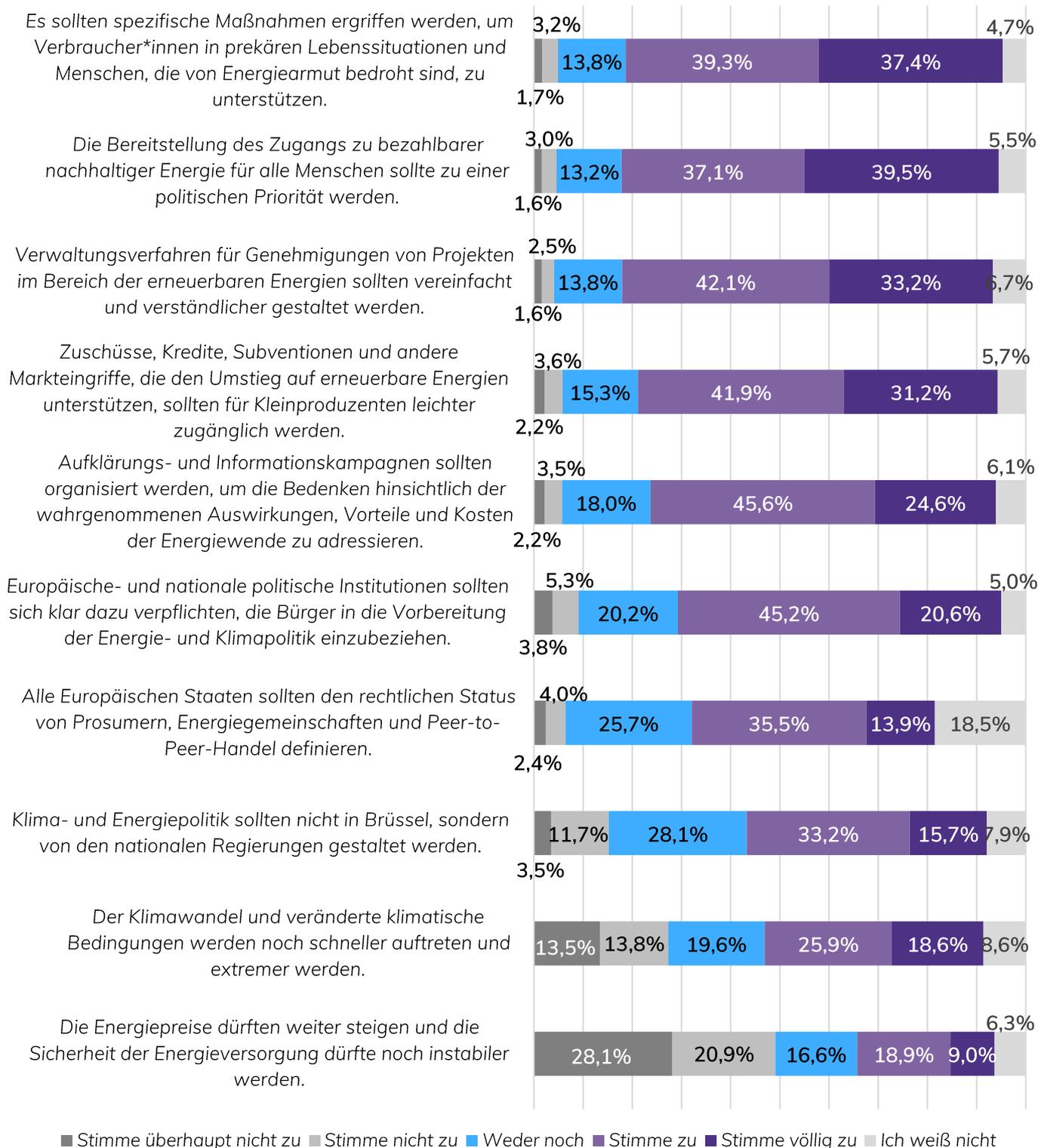


Abbildung 8: Was muss passieren, damit sich mehr Europäer an der Energiewende beteiligen. Stimmen Sie den folgenden Aussagen darüber zu/nicht zu, wie dies erreicht werden könnte? Vergleich (N=10,071)

Fazit

An der Online-Umfrage haben 10.071 Personen aus 19 europäischen Ländern teilgenommen. Sie zielte darauf ab, die Ansichten, Meinungen der europäischen Bürger*innen zur Energiewende sowie ihre Erwartungen zu erfassen und Informationen über ihre Praktiken und Rollen in diesem Prozess zu erhalten. Die Ergebnisse wurden im Nachgang vom Team von EnergyPROSPECTS verwendet, um Empfehlungen zur Stärkung der Rolle der Bürger*innen bei der Transformation des Energiesystems in Europa zu entwickeln.

Die allgemeinen Ergebnisse sind nicht besonders ermutigend. Zunächst ist weit mehr als die Hälfte aller Befragten der Ansicht, dass die Rolle einzelner Bürger*innen in der Energiewende auf Maßnahmen in ihrem Privatleben beschränkt ist. Selbst ein solches Engagement wird jedoch häufig durch (begrenzte) finanzielle Ressourcen erschwert. Darüber hinaus äußert etwa die Hälfte der Befragten, dass etwas ist, für das vorrangig nationale und EU-Institutionen für die Gestaltung der Energiewende verantwortlich sind und die Bürger*innen.

Die Erwartungen der Umfrageteilnehmer an die nahe Zukunft sind eher pessimistisch. Die meisten (57 %) erwarten, dass sie 2030 mehr für Energie zahlen werden als heute. Nur eine kleine Minderheit (14 %) ist der Ansicht, dass die Energiewende auf dem richtigen Weg ist, während andere glauben, dass der Prozess in die falsche Richtung geht (31 %) oder dass die Energiewende trotz richtiger Richtung viel zu langsam voranschreitet (43 %).

Die Meinungen zur Leistung von Institutionen und Organisationen, die an der Transformation des Energiesystems beteiligt sind, verstärken diese negative Bewertung des wahrgenommenen Prozesses der Energiewende. Keiner der in der Umfrage aufgeführten Akteure erhielt mehrheitlich eine positive Bewertung. Die Rolle der akademischen und Forschungsinstitutionen in der Energiewende wird etwas weniger schlecht bewertet, aber selbst in diesem Fall sind die meisten Befragten der Meinung, dass sie mehr tun sollten. Die Zustimmungsrate für die derzeitige Rolle des EU-Parlaments, der Europäischen Kommission, der nationalen und lokalen Behörden, der Energieversorger und der Akteure aus Industrie und Wirtschaft ist bemerkenswert niedrig (zwischen 8 und 12 %). In Anbetracht dieser tiefen Unzufriedenheit mit der Energiewende und der Leistung der beteiligten Akteure stellt sich eine Frage: Was sind die Bürger*innen selbst bereit und in der Lage zu tun, damit die EU ihre Ziele in Bezug auf Klimaneutralität erreichen kann?

Für eine Mehrheit der europäischen Bürger*innen, die an der Umfrage teilgenommen haben, ist die wichtigste - wenn nicht sogar die einzige - Option, Veränderungen in ihren privaten Haushalten oder ihrer täglichen Routinen umzusetzen. Nur ein Viertel der Befragten sind engagiert in verschiedenen Aspekten öffentlicher Maßnahmen oder Initiativen (oder ziehen dies in Erwägung). Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass der Haupttreiber für die meisten (tatsächlichen oder potenziellen) Handlungen der Wunsch ist, die Energiekosten zu senken und Geld zu sparen. Für viele Haushalte stellt dies auch eine Notwendigkeit dar. Die Verfügbarkeit von Zuschüssen, Subventionen oder anderen finanziellen Anreizen ist der zweithäufigste Grund, warum die Befragten Maßnahmen ergreifen. Umweltprobleme und ein persönlicher Beitrag zur Minderung des Klimawandels sind für viele Menschen weitere wichtige, aber untergeordnete, Motivationen.

Positiv zu vermerken ist die große Zustimmung dazu, dass alle Mitglieder der Gesellschaft etwas tun sollten, um die Energiewende zu unterstützen. Unter Berücksichtigung der Antworten auf eine Reihe anderer Fragen scheint es jedoch, dass der wahrgenommene Handlungsspielraum vorrangig darauf beschränkt ist, weniger Energie zu verbrauchen (und damit Geld zu sparen). Die häufigsten Reaktionen auf den Anstieg der Energiepreise während der Energiekrise sind beispielsweise die Reduktion der Innentemperatur, die geringere Nutzung verschiedener Haushaltsgeräte, die bewusstere Verwendung von Licht, das Waschen bei niedrigeren Temperaturen und eine geringere Nutzung der Klimaanlage. Ebenfalls erwähnt wird eine stärkere Nutzung von Strom außerhalb von Spitzenzeiten (off-peak) als eine weitere Maßnahme zur Reduzierung der Kosten.

Ungefähr zwei Drittel der Befragten geben an, dass sie mehr zu Fuß gegangen sind sowie das Rad oder öffentliche Verkehrsmittel anstelle des Autos genutzt haben. Diese mobilitätsbezogenen Maßnahmen sind

jedoch nicht so weit verbreitet wie Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs zu Hause, d. h. Maßnahmen, die keine neuen Praktiken beinhalten, sondern nur Änderungen der vorhandenen.

Angesichts der Tatsache, dass die Heizkosten einen beträchtlichen Teil des Haushaltsbudgets darstellen, fanden die Befragten eine Vielzahl von Möglichkeiten, um mit den niedrigeren Innentemperaturen umzugehen: sich zu Hause wärmer anziehen, Decken oder heiße Wasserflaschen nutzen, mehr Zeit außerhalb des Hauses verbringen, länger im Bett bleiben oder bestimmte Räume nur zu bestimmten Stunden heizen. Auch die Umstellung auf eine billigere Heizungsquelle, insbesondere Brennholz oder Pellets, wurde relativ häufig angegeben.

Wie aus den Antworten auf die offene Frage zu Maßnahmen als Reaktion auf die Energiekrise ersichtlich ist (etwa ein Drittel der Befragten beantwortete diese Frage), ging die Kombination aus hohen Preisen und niedrigen Einkommen bei einem Teil der Befragten damit einher (5-6 %), Ausgaben auch auf andere Weise senken zu müssen. Sie haben begonnen, weniger für Kleidung und Freizeit, z.T. aber auch für Lebensmittel auszugeben und stärker mögliche Rabatte im Auge zu behalten. Unabhängig von der Motivation führen diese Kostensenkungsmaßnahmen zwangsläufig zur Verringerung des Energieverbrauchs. Auf die Frage nach einer Bewertung der Folgen ihres veränderten Verhaltens, gaben mehr als 60 % der Befragten an, ihren Energieverbrauch verringert zu haben.

Welche Rückschlüsse lassen die Umfrageergebnisse zu in Bezug auf den aktuellen Stand des Engagements für die Energiewende und Perspektiven für ihre zukünftige Entwicklung? Eines der Hauptprobleme bleibt die Kluft zwischen guten Absichten und ihrer Konkretisierung in tatsächlichen Formen des Engagements. Auf die Frage, wie sie ihre Rolle im Energiesystem im Jahr 2030 sehen, äußerte nur ein Fünftel der Befragten, dass sich ihre Rolle ändern wird. Ein Viertel der Umfrageteilnehmer gab an, dass sie kein Interesse daran haben, aktiv an der Transformation des Energiesystems teilzunehmen - zusätzliche 30 % hatten Zweifel, ob sie zustimmen sollten oder nicht. Diese Position steht im Gegensatz zu der Angabe, dass die Energiewende eine gemeinsame Aufgabe aller Bürger*innen in der Gesellschaft ist, dass sie alle betrafen und daher alle aktiver werden sollten (70 % der Befragten stimmen dieser Aussage zu). In Hinblick auf die allgemeine, häufig geäußerte Unzufriedenheit mit der Leistung aller wichtigen Akteure, die an der Energiewende beteiligt sind, lässt sich aus den Umfrageergebnissen schließen, dass ein Großteil der Bürger*innen von allen anderen erwartet, mehr zu tun, aber nur eine Minderheit dazu bereit ist, selbst etwas beizutragen, was über ihre Privatsphäre hinausgeht.

Was kann und sollte nach Meinung der Befragten getan werden, um die Einbeziehung europäischer Bürger*innen an der Energiewende zu fördern und zu unterstützen? Fast drei Viertel der Befragten sind der Ansicht, dass Energy Citizenship in Europa einen starken Schub durch maßgeschneiderte Maßnahmen der finanziellen Unterstützung erhalten würde. Darüber hinaus sollten die entsprechenden Finanzierungsprogramme, Zuschüsse, Kredite, Garantien, Subventionen, grünen Anleihen usw. durch vereinfachte Verwaltungsverfahren leicht zugänglich sein. Es wird weiterhin als wichtig angesehen, dass gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um vulnerable Personengruppen und Menschen in Energiearmut zu unterstützen sowie ihren Zugang zu diesen Programmen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Darüber hinaus werden Bildungs- und Informationskampagnen als sehr wichtig angesehen, um Bedenken und Vorurteile hinsichtlich der wahrgenommenen Auswirkungen und Kosten der Energiewende zu mildern. Dadurch könnten Bürger*innen auch über die bestehenden Möglichkeiten zu ihrer Beteiligung an der Energiewende informiert werden. Die relevanten EU- und nationalen Behörden sollten stärker die traditionellen Medien (Print und elektronisch) in diese Bemühungen einbeziehen, denn die meisten Befragten halten diese Informationsquellen für am vertrauenswürdigsten. Zudem sollten die Vorteile von Informations- und Kommunikationstechnologien mehr genutzt werden. Paradoxerweise empfinden die Bürger*innen Webseiten von EU-Institutionen und nationalen Regierungen als eine der glaubwürdigsten Informationsquellen, während nur eine Minderheit von ihnen diese Seiten tatsächlich nutzt, um Informationen über Energie- und Klimathemen zu erhalten. In Bezug auf soziale Medien besteht die Sorge, dass die Akteure der EU und nationalen Regierungsakteure nicht mit den Klimawandelskeptikern und den Befürwortern fossiler Brennstoffe Schritt halten können. Mehr Anstrengung und Aufmerksamkeit sollte für diese Informationskanäle aufgewandt werden, die von einem erheblichen Anteil der europäischen

Bürger*innen genutzt werden, um sich zu informieren.

Die Befragten zeigten eindeutige Erwartungen hinsichtlich entscheidender Entwicklungen der Gesetzgebung. Zunächst sollte der rechtliche Status einzelner und kollektiver Prosumer von erneuerbarer Energie in allen europäischen Staaten und in der EU definiert und vereinheitlicht werden. Gleiches gilt für die Regulierung des Peer-to-Peer-Handels und der Energiefreigabe. Europäische und nationale politische Institutionen müssen konkrete Maßnahmen ergreifen, um ihre Verpflichtungen zur Einbeziehung der Bürger*innen in die Energiewende umzusetzen. Dies könnte gesetzgeberische Schritte einschließen, die es nicht nur ermöglichen, sondern in bestimmten Aspekten die Bürger*innen sogar dazu verpflichten, ihre üblichen Energieverbrauchsroutrinen zu ändern.

Um die Vision, die mit der "Energy Union" und dem Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ verbunden ist, wirklich zu erfüllen und die Bürger*innen in das Zentrum der Energie Union zu stellen, muss mehr getan werden, um sie in die Gestaltung der politischen Prozesse einzubeziehen. Die Umfrageergebnisse zeigten eine beträchtliche Kluft zwischen politischen Entscheidungsträgern und Bürger*innen. Dieser fühlen sich teilweise entmachtet, nicht gut von den Entscheidungsträgern vertreten und enttäuscht. Sie nehmen wahr, dass ihre Ansichten und Ideen bei der Gestaltung von Richtlinien zur Entwicklung des Energiesystems nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der Weg zu einer integrativen, zugänglichen, gerechten und sozial fairen Energiewende muss mit einem effizienteren, klaren und unterstützenden politischen Rahmen untermauert werden, der durch aktives Engagement und in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Meinungen europäischer Bürger*innen entwickelt wurde.